



DER LANDESHAUPTMANN

IL PRESIDENTE

LE PRÉSIDENT

80 Jahre Pariser Vertrag

Rede von Landeshauptmann Arno Kompatscher

5. September 2026, Kursaal, Meran

Hochgeschätzter Herr Bundespräsident,
Illustrissimo Signor Presidente della Repubblica,
geschätzte Ehrengäste - stimati ospiti d'onore,
sehr geehrte Damen und Herren - gentili Signore e Signori,

herzlich willkommen im Meraner Kursaal. Die Ehre ist groß, Sie heute in Südtirol begrüßen zu dürfen. Es unterstreicht die Bedeutung dieses Ereignisses, dass wir das Jubiläumsfest „80 Jahre Pariser Vertrag“ in Anwesenheit und unter Beteiligung der Staatsoberhäupter der beiden Signatarstaaten dieses für Südtirol so grundlegenden Abkommens begehen dürfen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Alexander Van der Bellen,
Illustrissimo Signor Presidente della Repubblica Sergio Mattarella,

ich danke Ihnen für dieses wichtige Zeichen, das Sie durch Ihr persönliches Zusammentreffen hier in Meran setzen –

Vi ringrazio per aver voluto onorare con la Vostra presenza l'alto significato di questa giornata.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Gruber-De Gasperi Abkommen vom 5. September 1946, das wir heute als Ausgangspunkt und völkerrechtliche Grundlage für Südtirols Autonomie feiern, wurde seinerzeit von den Südtirolerinnen und Südtirolern als große Enttäuschung wahrgenommen, blieb doch die erneut geforderte und erhoffte Rückkehr Südtirols zu Österreich verwehrt. Die historischen Umstände sowie die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der Verhandlungen vor dem Hintergrund des bereits aufkeimenden kalten Krieges machen das Hoffen und Bangen der österreichischen und Südtiroler Delegationen greifbar: Um jeden Beistrich wurde gerungen, um den Kompromiss weniger schmerzhaft zu gestalten und die Tür für künftige bessere Entwicklungen wenigstens einen Spalt weit offen zu halten. Dieser entscheidende Augenblick der Geschichte wurde in zahlreichen wissenschaftlichen Abhandlungen aufgearbeitet. Die zum Jubiläum erschienene Festschrift zeichnet den schwierigen Weg nach. Mein herzlicher Dank gilt allen, die daran mitgewirkt haben.

Der im Abkommen festgeschriebene Kompromiss begeisterte damals niemanden. Österreichs Außenminister Karl Gruber wurde nach seiner Rückkehr aus Paris sogar als Verräter beschimpft. Das erste Autonomiestatut von 1948 vertiefte die Enttäuschung: Die entscheidenden Befugnisse lagen bei der Region – und damit erneut dort, wo die zu schützenden Sprachgruppen in der Minderheit waren.

Das „Los von Trient“ Silvius Magnagos im Jahr 1957 auf Schloss Sigmundskron und das Aufwerfen des Streites vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1960 durch den österreichischen Außenminister Bruno Kreisky waren die politische Antwort. Nach den schlimmen Erfahrungen unter dem Faschismus und in Folge der Enttäuschungen auch in der Nachkriegszeit fehlte aber vielen der Glaube an die Möglichkeit einer Verhandlungslösung. Die wachsende Enttäuschung und Frustration führten zur sogenannten Feuernacht am 11. Juni 1961 und zu weiteren Sprengstoffanschlägen und Gewalttaten.

Heute ist uns bewusst, dass es ausgerechnet dieses verpönte Gruber-De-Gasperi-Abkommen war, welches der Republik Österreich überhaupt ermöglicht hatte, die Südtirol-Frage vor die Vereinten Nationen zu bringen. Der anschließende Weg von den UN-Resolutionen, zur Einsetzung der innerstaatlichen Neunzehnerkommission und den bilateralen Verhandlungen zwischen Italien und Österreich bis hin zur Annahme des sogenannten Südtirol-Pakets am 23. November 1969, hier in diesem geschichtsträchtigen Saal, gestaltete sich zwar langwierig und mühsam, führte aber letztlich zum Erfolg.

Es war also die Notwendigkeit der Umsetzung des Pariser Vertrages, die zum Südtirol-Paket und somit auch zum zweiten Autonomiestatut führte. Nachdem auch die erforderlichen Durchführungsbestimmungen erlassen worden waren, erklärte Ministerpräsident Giulio Andreotti am 30. Januar 1992 das Paket für erfüllt und stellte gleichzeitig klar, dass zukünftige Änderungen nur mit Zustimmung der Südtiroler Bevölkerung vorgenommen würden.

Am 22. April 1992 übermittelte das italienische Außenministerium der österreichischen Botschaft die Note, mit welcher der Prozess zur Beilegung des Streites über die Umsetzung des Pariser Vertrages eingeleitet wurde. Der darin enthaltene ausdrückliche Verweis auf das Gruber-De-Gasperi-Abkommen erfüllt die Südtiroler Forderung nach internationaler Verankerung und Einklagbarkeit der Autonomie.

Geschätzte Anwesende,

Der ursprünglich so unterschätzte Pariser Vertrag definierte auch schon die inhaltlichen Grundzüge unseres heutigen Minderheitenschutzsystems:

- das Recht auf muttersprachlichen Unterricht;
- die Gleichstellung der deutschen und der italienischen Sprache;
- den gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Ämtern;
- die Gewährung einer autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis.

Darüber hinaus enthält der Vertrag so wichtige Verpflichtungen wie jene zur Wiederherstellung der deutschen Familiennamen und zur Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft seitens der Optanten, ebenso zur Anerkennung von Studententiteln und zum Grenzhandel.

Das, was an Südtirols Autonomie heute internationale Beachtung findet und Anlass für den Besuch zahlreicher Delegationen aus aller Welt ist, findet also bereits im Pariser Vertrag seine Grundlage: Minderheitenschutzmechanismen im engeren Sinne gebündelt mit einer weitreichenden autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis.

Heute können wir feststellen, dass die Schutzinstrumente ihre Wirkung entfaltet haben und allen drei Sprachgruppen die notwendige Gewissheit geben, nicht benachteiligt zu werden. Dieser Schutz und diese Sicherheit sind der feste Boden, auf dem wir uns begegnen – und auf dem aus einem friedlichen Nebeneinander Schritt für Schritt ein wertschätzendes Miteinander wächst. Es liegt an uns, den Reichtum und die Möglichkeiten der Vielfalt noch stärker zu nutzen.

Auch wirtschaftlich ist unser Land dank der Autonomie aufgeblüht und findet sich im europäischen Vergleich im Spitzenfeld wieder. Die autonome Verwaltung ermöglichte eine kluge Infrastrukturpolitik, mit welcher in Südtirol Landflucht vermieden sowie die Arbeits-, Wohn- und Lebensqualität auch auf dem Lande erhalten werden konnte. Südtirol hat sich somit dank der Autonomie von einer armen Bergregion zum Wohlstandsland und Nettozahler in Italien gewandelt. Gemäß den Finanzabkommen, die seit dem Garantiepakt mit der Regierung Renzi auch bilateral abgesichert sind, leistet Südtirol einen jährlichen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes. Autonomie bedeutet für uns Verantwortung. Der autonome Gestaltungsspielraum erlaubt es uns - ja mehr noch, erfordert es auch - sich solidarisch zu verhalten.

Dieses einzigartige Erfolgsmodell zur Überwindung nationaler ethnischer Konflikte, das heute weltweit als beispielhaft betrachtet wird und den beiden Staaten Italien und Österreich zur Ehre gereicht, wurde auch nach der Streitbeendigung im Jahre 1992 fortgeschrieben, indem laufend zusätzliche autonome Befugnisse übertragen wurden.

Ganz im Sinne dieser ständig anzupassenden und weiterzuentwickelnden dynamischen Autonomie erfolgte auch die jüngst mit der Regierung Meloni vereinbarte Reform zum Zwecke der Wiederherstellung jener Autonomie-Standards, die 1992 zur Abgabe der Streitbeendigungserklärung seitens der Republik Österreich geführt haben. Es ist nämlich nicht nur gelungen, Zuständigkeiten wiederherzustellen, die zuvor durch die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts eingeschränkt worden waren, nein, gleichzeitig sind auch Ausbau, Weiterentwicklung und zusätzliche Absicherung möglich geworden:

- durch den Wegfall der Grenze der grundlegenden Bestimmungen der staatlichen Reformgesetze eröffnen sich in allen Kompetenzbereichen neue Spielräume;
- der Gesetzgebungsbereich Umwelt und Ökosystem ist als neue Landeskompetenz dazugekommen;
- durch die Präzisierung der Funktion der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut wird es den paritätischen Kommissionen möglich gemacht, ihre Funktion als Motor der dynamischen Weiterentwicklung der Autonomie noch besser wahrzunehmen.

Von außerordentlicher Bedeutung ist auch die im neuformulierten Artikel 103 enthaltene Autonomieniveausicherungsklausel: ohne Zustimmung der Landtage und des Regionalrats kann das Parlament künftig keine Änderungen des Autonomiestatuts mehr vornehmen, die zu einer Unterschreitung des bereits gewährten Autonomie-Standards führen würden. Somit wird der internationalen Absicherung der Südtirol-Autonomie auf Grundlage des Pariser Vertrages, welche unverändert bestehen bleibt, auch eine Absicherung im innerstaatlichen Verfassungsrecht hinzugefügt.

An dieser Stelle will ich der Regierung, insbesondere Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und Regionenminister Roberto Calderoli, sowie dem Parlament meinen herzlichen Dank für die Einlösung des in der Regierungserklärung enthaltenen Versprechens aussprechen. Der im Zuge des parlamentarischen Genehmigungsprozesses erfolgte Notenwechsel mit Österreich ist ein weiterer Beleg der bewährten gemeinsamen und einvernehmlichen Vorgangsweise.

Ich bin zuversichtlich, dass es uns auf diese Weise gelingen wird, Südtirols Autonomie auch in Zukunft als wirksames Schutz- und Entwicklungsinstrument zu bewahren. So können wir Identitäten stärken und gleichzeitig den Mehrwert der Vielfalt nützen. Eng verbunden mit unserer Heimat und stark verwurzelt in unserer Kultur und Tradition können und wollen wir offen sein und Brücken schlagen. Der fortschreitende europäische Einigungsprozess erlaubt es uns tatsächlich, das Trennende zu überwinden und im Rahmen der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino an einem kleinen Europa in Europa zu bauen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Erfolg ist uns nicht in den Schoß gefallen. Er ist das Ergebnis zäher Verhandlungen mit dem Mut zum Kompromiss und im Vertrauen auf Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht, Diplomatie und internationale Zusammenarbeit. Dank der beiden UN-Resolutionen, die Italien und Österreich aufforderten, erneute Verhandlungen zur angemessenen Umsetzung des Pariser Vertrages aufzunehmen, konnten weitere Gewalt verhindert und eine gerechte Lösung errungen werden. Südtirol ist gewillt, der internationalen Staatengemeinschaft seine Dankbarkeit dafür auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, indem in der neu zu errichtenden sprachgruppenübergreifenden Bibliothek in Bozen ein Dokumentationszentrum für den globalen Minderheitenschutz eingerichtet wird. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen soll dieses als Anlaufstelle für Delegationen aus aller Welt dienen, um mögliche Lösungsinstrumente für wirksamen Schutz von Minderheiten zu erörtern und zu erarbeiten.

Rückblickend und angesichts dessen, dass die allermeisten kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit auf Konflikte zwischen Mehrheit und Minderheit zurückzuführen sind, können wir feststellen, dass es uns Südtirolern und Südtirolerinnen doch noch gut ergangen ist. Das ist nicht zuletzt dem Wirken von weitblickenden, mutigen und großherzigen Politikern und Politikerinnen in Südtirol, Italien und Österreich zu verdanken.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Staatspräsident,

Ich habe die große Ehre, Ihnen heute den großen Verdienstorden des Landes Südtirol zu überreichen. Beim Verfassen der Laudationes musste ich feststellen, dass es geradezu unmöglich ist, ihre umfangreichen persönlichen Verdienste für Südtirol und seine Autonomie in angemessener Weise zu würdigen.

Die Verleihung an Sie als amtierende Staatsoberhäupter Österreichs und Italiens kann und darf gleichzeitig auch als dankbare Anerkennung der erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Staaten bei der Lösung der Südtirol-Frage verstanden werden.

Gerade auch angesichts dieser großen politischen Leistungen wünsche ich mir ein Südtirol, das verantwortungsvoll mit diesem Erbe umgeht; ein Südtirol, das seinen Menschen mit ihren starken Wurzeln und Traditionen Heimat gibt und gleichzeitig weltoffen, europäisch und mehrsprachig ist.

Ein Südtirol, das aus Verganem seine Lehren zieht und zuversichtlich nach vorne blickt.

80 anni dall'Accordo di Parigi

**Discorso del Presidente della Provincia autonoma di Bolzano
Arno Kompatscher**

5 settembre 2026, Kursaal, Merano

Illustrissimo Presidente Federale,
Illustrissimo Signor Presidente della Repubblica,
stimati ospiti d'onore,
gentili Signore e Signori,

un caloroso benvenuto al Kursaal di Merano. È per noi un grande onore potervi ospitare. Il fatto che possiamo celebrare l'anniversario degli "80 anni dell'Accordo di Parigi" alla presenza e con la partecipazione dei capi di Stato dei due Paesi firmatari di questo accordo così fondamentale per l'Alto Adige/Südtirol sottolinea l'importanza di questo evento.

Illustrissimo Presidente Federale Alexander Van der Bellen,
Illustrissimo Signor Presidente della Repubblica Sergio Mattarella,

Vi ringrazio per questo importante segnale che state dando con il vostro personale incontro qui a Merano –

Vi ringrazio per aver voluto onorare con la Vostra presenza l'alto significato di questa giornata.

Gentili signore e signori,

l'accordo De Gasperi-Gruber del 5 settembre 1946, che oggi celebriamo come punto di partenza e fondamento di diritto internazionale per l'autonomia

dell'Alto Adige, fu percepito all'epoca dalla popolazione sudtirolese come una grande delusione, poiché il ritorno dell'Alto Adige/Südtirol all'Austria, nuovamente richiesto e auspicato, rimase negato. Le circostanze storiche, nonché il contesto giuridico e politico dei negoziati sullo sfondo della Guerra Fredda già in fase embrionale, rendono tangibili le speranze e le apprensioni delle delegazioni austriaca e sudtirolese: si negoziò intensamente per ogni virgola, per rendere il compromesso meno doloroso e per tenere aperta, almeno di uno spiraglio, la porta a futuri sviluppi più favorevoli. Questo momento decisivo della storia è stato analizzato in numerosi saggi scientifici. Il volume commemorativo pubblicato in occasione dell'anniversario ripercorre questo difficile percorso. Il mio sentito ringraziamento va a tutte le persone che hanno contribuito alla sua realizzazione.

All'epoca, il compromesso sancito dall'accordo non entusiasmò nessuno. Il Ministro degli Esteri austriaco Karl Gruber fu addirittura insultato come traditore al suo ritorno da Parigi. Il primo Statuto di Autonomia del 1948 accentuò la delusione: i poteri decisionali spettavano alla Regione – e quindi, ancora una volta, proprio là dove i gruppi linguistici da tutelare erano in minoranza.

La dichiarazione "Los von Trient" di Silvius Magnago del 1957 a Castel Firmiano e la presentazione della questione sudtirolese all'Assemblea Generale delle Nazioni Unite nell'ottobre 1960 da parte del Ministro degli Esteri austriaco Bruno Kreisky costituirono la risposta politica. Dopo le terribili esperienze vissute sotto il fascismo e a seguito delle delusioni subite anche nel dopoguerra, molti avevano però perso la fiducia nella possibilità di una soluzione negoziale. La crescente delusione e frustrazione portarono alla cosiddetta Notte dei fuochi dell'11 giugno 1961 e ad altri attentati e atti di violenza.

Oggi siamo consapevoli che fu proprio questo accordo all'epoca tanto malvisto, l'accordo De Gasperi-Gruber, a consentire alla Repubblica d'Austria di portare la questione altoatesina dinanzi alle Nazioni Unite. Il percorso che ne è seguito – dalle risoluzioni dell'ONU, all'istituzione della Commissione dei Diciannove e ai negoziati bilaterali tra Italia e Austria, fino all'adozione del cosiddetto Pacchetto per l'Alto Adige il 23 novembre 1969, proprio in questa sala ricca di storia, si è rivelato lungo e faticoso, ma alla fine ha portato al successo.

È stata quindi la necessità di dare attuazione all'Accordo di Parigi a portare al Pacchetto e, di conseguenza, anche al secondo Statuto di Autonomia. Dopo che furono emanate anche le necessarie norme di attuazione, il 30 gennaio 1992 il Presidente del Consiglio Giulio Andreotti dichiarò attuato il pacchetto e precisò al contempo che eventuali modifiche future sarebbero state apportate solo con il consenso della popolazione altoatesina.

Il 22 aprile 1992 il Ministero degli Esteri italiano trasmise all'Ambasciata austriaca la nota con cui veniva avviato il processo di risoluzione della controversia sull'attuazione dell'Accordo di Parigi. Il riferimento esplicito in essa contenuto all'Accordo De Gasperi-Gruber soddisfa la richiesta sudtirolese di un ancoraggio internazionale e di un'azionabilità in giudizio dell'autonomia.

Egregi presenti,

l'Accordo di Parigi, inizialmente così sottovalutato, definiva già le linee guida fondamentali del nostro attuale sistema di tutela delle minoranze:

- il diritto all'istruzione nella propria lingua madre;
- la parità tra la lingua tedesca e quella italiana;
- la parità di accesso alle cariche pubbliche;
- la concessione di poteri legislativi e amministrativi autonomi.

Inoltre, il Trattato contiene impegni importanti quali quelli relativi al ripristino dei cognomi tedeschi e al riottenimento della cittadinanza italiana da parte degli optanti, nonché al riconoscimento dei titoli di studio e al commercio di frontiera.

Ciò che oggi suscita l'attenzione internazionale riguardo all'autonomia dell'Alto Adige e costituisce motivo di visita per numerose delegazioni provenienti da tutto il mondo trova quindi già nell'Accordo di Parigi il proprio fondamento: meccanismi di tutela delle minoranze in senso stretto, abbinati a un'ampia competenza legislativa e amministrativa autonoma.

Oggi possiamo constatare che gli strumenti di tutela hanno sortito il loro effetto e offrono a tutti e tre i gruppi linguistici la necessaria certezza di non essere svantaggiati. Questa tutela e questa sicurezza costituiscono il solido terreno su cui ci incontriamo – e su cui, da una pacifica convivenza, cresce passo dopo passo una collaborazione improntata al rispetto reciproco. Spetta a noi sfruttare ancora di più la ricchezza e le opportunità offerte dalla diversità.

Anche dal punto di vista economico la nostra provincia ha conosciuto un grande sviluppo grazie all'autonomia e si colloca ai vertici nel confronto europeo.

L'amministrazione autonoma ha consentito di attuare una politica infrastrutturale oculata, grazie alla quale in Alto Adige è stato possibile evitare l'esodo rurale e preservare la qualità del lavoro, dell'abitare e della vita anche nelle zone rurali. Grazie all'autonomia, l'Alto Adige si è così trasformato da povera provincia montana a terra prospera e contributore netto dello Stato italiano. In base agli accordi in materia finanziaria, garantiti anche a livello bilaterale sin dal Patto di garanzia con il Governo Renzi, l'Alto Adige versa un contributo annuale al risanamento del bilancio dello Stato. Per noi Autonomia significa responsabilità. Il margine di manovra autonomo ci permette – anzi, ci impone – di agire in modo solidale.

Questo modello di successo unico nel suo genere per il superamento dei conflitti etnici nazionali, oggi considerato esemplare in tutto il mondo e che fa onore sia all'Italia che all'Austria, è stato portato avanti anche dopo la fine del contenzioso nel 1992, attraverso il continuo trasferimento di ulteriori poteri autonomi.

Proprio nell'ottica di questa autonomia dinamica, da adeguare e sviluppare costantemente, è stata attuata anche la recente riforma concordata con il Governo Meloni, volta a ripristinare quegli standard di autonomia che nel 1992 avevano portato alla quietanza liberatoria da parte della Repubblica d'Austria. Infatti, non solo si è riusciti a ripristinare competenze che in precedenza erano state limitate dalla giurisprudenza della Corte costituzionale, ma, al contempo, sono diventati possibili anche il potenziamento, l'ulteriore sviluppo e un'ulteriore tutela:

- il venir meno del vincolo dei principi fondamentali delle leggi di riforma statali apre nuovi spazi d'azione in tutte le sfere di competenza;
- l'ambito legislativo relativo ad ambiente ed ecosistema si è aggiunto quale nuova competenza della Provincia;
- la definizione più chiara del ruolo delle norme di attuazione permetterà alle commissioni paritetiche di valorizzare la propria funzione di motore per lo sviluppo continuo dell'autonomia.

Di straordinaria importanza è anche la clausola di salvaguardia del livello di autonomia contenuta nel nuovo articolo 103: senza il consenso dei Consigli provinciali e del Consiglio regionale, in futuro il Parlamento non potrà più apportare modifiche allo Statuto di Autonomia che comportino una riduzione del livello di autonomia già garantito. In questo modo, alla garanzia internazionale dell'autonomia dell'Alto Adige/Südtirol, fondata sull'Accordo di Parigi che rimane immutata, si aggiunge anche una garanzia nel diritto costituzionale italiano.

A questo punto desidero esprimere i miei più sentiti ringraziamenti al Governo, in particolare al Presidente del Consiglio Giorgia Meloni e al Ministro delle Regioni Roberto Calderoli, nonché al Parlamento, per aver mantenuto la promessa contenuta nella dichiarazione di governo. Lo scambio di note con l'Austria, avvenuto nel corso dell'iter di approvazione parlamentare, costituisce un'ulteriore prova della collaudata prassi comune e consensuale.

Sono fiducioso che in questo modo riusciremo a preservare anche in futuro l'autonomia dell'Alto Adige come efficace strumento di tutela e sviluppo. In questo modo possiamo rafforzare le identità e, al contempo, trarre vantaggio dal valore aggiunto della diversità. Strettamente legati alla nostra terra e profondamente radicati nella nostra cultura e tradizione, possiamo e vogliamo essere aperti e gettare ponti. Il progressivo processo di unificazione europea ci permette infatti di superare ciò che ci divide e di costruire, nell'ambito dell'Euregio Tirolo-Alto Adige-Trentino, una piccola Europa all'interno dell'Europa.

Egregi signori e signore,

questo successo non ci è piovuto dal cielo. È il risultato di tenaci negoziati, condotti con il coraggio di scendere a compromessi e con fiducia nello Stato di diritto, nel diritto internazionale, nella diplomazia e nella cooperazione internazionale. Grazie alle due risoluzioni dell'ONU che hanno esortato l'Italia e l'Austria ad avviare nuovi negoziati per un'adeguata attuazione dell'Accordo di Parigi, è stato possibile evitare ulteriori violenze e raggiungere una soluzione equa. L'Alto Adige intende esprimere la propria gratitudine alla comunità internazionale anche attraverso l'istituzione, nella biblioteca plurilingue di Bolzano di prossima realizzazione, di un centro di documentazione per la tutela globale delle minoranze. In collaborazione con le Nazioni Unite, tale centro fungerà da punto di riferimento per le delegazioni provenienti da tutto il mondo, al fine di discutere ed elaborare possibili strumenti per una tutela efficace delle minoranze.

Guardando indietro e considerando che la stragrande maggioranza dei conflitti bellici a livello mondiale è riconducibile a contrasti tra maggioranza e minoranza, possiamo constatare che noi altoatesini ce la siamo comunque cavata bene. Ciò è dovuto non da ultimo all'operato di politici e politiche lungimiranti, coraggiosi e generosi in Alto Adige/Südtirol, in Italia e in Austria.

Egregio Signor Presidente Federale,

Egregio Signor Presidente della Repubblica,

Ho il grande onore di conferirvi oggi il Grand'Ordine di merito della Provincia autonoma di Bolzano. Nel redigere i discorsi di encomio, mi sono reso conto che è praticamente impossibile rendere adeguatamente omaggio ai vostri numerosi meriti personali a favore dell'Alto Adige/Südtirol e della sua Autonomia.

Il conferimento di questo riconoscimento a Voi, in qualità di Capi di Stato in carica dell'Austria e dell'Italia, può e deve essere inteso anche come un segno di gratitudine per la proficua collaborazione tra i due Stati nella risoluzione della questione altoatesina.

Proprio alla luce di questi grandi risultati politici, auspico un Alto Adige/Südtirol che sappia gestire in modo responsabile questa eredità; un Alto Adige/Südtirol che offra una patria alle sue genti, con le loro profonde radici e tradizioni, e che al contempo sia aperto al mondo, europeo e multilingue.

Un Alto Adige/Südtirol che tragga insegnamento dal passato e guardi con fiducia al futuro.